

FDP im Römer

UNSTIMMIGKEITEN BEIM THEMA CANNABIS ENDLICH BESEITIGEN UND ANGEBOTE DER SUCHTPRÄVENTION ERWEITERN

25.04.2019

Bereits 2017 hat die FDP-Römerfraktion einen Antrag gestellt, in dem sie den Magistrat beauftragte, einen Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu realisieren. Gleichzeitig sollten die Präventionsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene verbessert werden, um noch intensiver auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen. „Leider wurde unser Antrag damals von der Koalition - einschließlich der Grünen - abgelehnt“, erinnert sich Yanki Pürsün, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion und fährt fort: „Bei den Koalitionsmitgliedern bestehen beim Thema Cannabis scheinbar immer noch große Unstimmigkeiten. Es wäre gut, wenn diese nach zwei Jahren endlich beseitigt werden könnten, um einen Modellversuch auf den Weg bringen zu können. Laut aktuellen Presseberichten sollen die Jungsozialisten, die Grüne Jugend und die Linksjugend nun das Thema aufgegriffen haben.“ In einer gemeinsamen Mitteilung sollen sie unter anderem einen Modellversuch für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis und eine Aufklärungskampagne der Stadt an Schulen zum Thema Cannabis und einem verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen gefordert haben. „Um junge Menschen mit der Suchtprävention zu erreichen, müssen sie in ihrer Lebenswirklichkeit, die heutzutage stark medial und vor allem von Social Media geprägt ist, abgeholt werden“, meint Yanki Pürsün und erklärt: „Aus diesem Grund haben wir vor kurzem eine Anfrage an den Magistrat gestellt, um zu prüfen, ob die Stadt ihre Angebote in der Suchtprävention für Jugendliche in Bezug auf Alkohol, Tabak und Drogen auch auf die Social-Media-Kanäle ausweiten könnte.“

Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Römerfraktion, Uwe Schulz, ergänzt: „Wir halten die derzeit bestehende Kriminalisierung von Cannabis für kontraproduktiv und fordern

dessen Legalisierung. Die bisherige rechtliche Handhabung hat im Wesentlichen zur Schaffung krimineller Strukturen durch einen illegalen Schwarzmarkthandel geführt. Der Konsum von Cannabis konnte hingegen nicht reduziert werden. Hinzu kommt, dass durch eine staatlich kontrollierte Abgabe die Qualität der Substanzen überprüft und damit die Gesundheitsgefährdung der Konsumenten durch Verunreinigungen oder ähnliches deutlich verringert werden kann. Die Stadt Frankfurt sollte dringend ein Modellprojekt für die Cannabisvergabe an Erwachsene auf den Weg bringen. Dies würde auch zu einer erheblichen Verbesserung der Sicherheitslage insbesondere im Bahnhofsviertel beitragen, weil dort der illegale Cannabishandel trocken gelegt würde.“